

presse

Frauenministerin Schröder muss sich warm anziehen

Zur heutigen Vorstellung der überfraktionellen "Berliner Erklärung" erklären die Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik Christel Humme:

Die „Berliner Erklärung“ ist ein Weckruf für all diejenigen in der Regierungskoalition, die eine verbindliche gesetzliche Quote für mehr Frauen in den Führungspositionen von Unternehmen für unnötig halten. Dass sich mit der „Berliner Erklärung“ nun auch Unions- und FDP-Frauen zu einer festen gesetzlichen Quote bekannt haben, zeigt einmal mehr: die Zeit der freiwilligen Vereinbarungen ist endgültig vorbei, erklären Caren Marks und Christel Humme.

Die "Berliner Erklärung" ist ein Weckruf für all diejenigen in der Regierungskoalition, die eine verbindliche gesetzliche Quote für mehr Frauen in den Führungspositionen von Unternehmen für unnötig halten. Bundesfrauenministerin Kristina Schröder wird sich in diesem Winter noch warm anziehen müssen: Gegenwind für ihre "Pflicht zur Selbstverpflichtung" schlägt ihr nun nicht nur aus der eigenen Partei entgegen, sondern auch aus CSU und FDP.

Dass sich mit der "Berliner Erklärung" nun auch Unions- und FDP-Frauen zu einer festen gesetzlichen Quote bekannt haben, zeigt einmal mehr: die Zeit der freiwilligen Vereinbarungen ist endgültig vorbei.

Eine breite und öffentliche Unterstützung für eine gesetzliche Frauenquote ist zu begrüßen. Denn die qualifizierten Frauen in unserem Land müssen endlich in die Spitze von Unternehmen kommen. Aufsichtsräte und auch Vorstände dürfen nicht länger eine Männerdomäne bleiben.

So hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bereits für eine gesetzliche Frauenquote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände ausgesprochen. Diese werden wir in einem entsprechenden Gesetzentwurf verankern und dem Bundestag zur Abstimmung vorlegen - dann auch in der Hoffnung auf eine breite politische und gesellschaftliche Zustimmung. Den Worten müssen Taten folgen.